

BürgerKompass Sachsen 2012



Eine Kooperation von:



SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI



| BertelsmannStiftung





Vorwort

Von Stuttgart über Frankfurt bis nach Berlin – überall kämpfen Bürger gegen neue Schienen, gegen Flughäfen, gegen Straßen. Aber sie kämpfen nicht nur gegen, sondern auch für etwas: für mehr und frühzeitigere Mitsprache und dafür, von der Politik und den Behörden in ihren Anliegen ernst genommen zu werden – denn ihr politisches Interesse ist hoch, wie zahlreiche Umfragen belegen. Gleichzeitig werden aber die klassischen Wege politischer Teilhabe, insbesondere Wahlen und die Mitarbeit in politischen Parteien, von Bürgern immer weniger genutzt.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt: Bürger wollen und müssen zukünftig früher, kontinuierlicher und lösungsorientierter beteiligt werden. Wie das allerdings in der Praxis funktionieren kann, dazu gibt es noch zu wenige Erfahrungen in Deutschland. Wir in der Bertelsmann Stiftung arbeiten daher an innovativen Modellen, die Bürger wirksam in politische Prozesse und Debatten einbeziehen.

Der BürgerKompass ist ein solches Format, mit dem Bürger ihre Interessen und Meinungen zu zentralen Themen direkt an die Politik kommunizieren können. Die Bürger geben der Regierung offenes Feedback, indem sie deren Arbeit bewerten und Vorschläge entwickeln, wie es aus ihrer Sicht dem Land noch besser gehen könnte. Der BürgerKompass ist nicht nur ein Dialog unter Bürgern über Politik, sondern auch ein Dialog zwischen Bürgern

und Politik – über Prioritäten, Wirkungen und Zukunftsfähigkeit von Politik. Wir sind überzeugt, dass bei diesem Format alle Beteiligten gewinnen: die Bürger eine Chance, der Politik Impulse zu geben und die Komplexität politischer Prozesse und Aushandlungen selbst zu erleben; und die Politik die Möglichkeit, daraus und von den Bürgern zu lernen.

Beim BürgerKompass bekommen auch diejenigen eine Stimme, die nicht zu den „üblichen Verdächtigen“ gehören und sich sonst nicht notwendigerweise an politischen Debatten beteiligen. Die Politik bietet hier nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern, die die Vielfalt des Landes abbilden, ein Forum und erhält so ein breites und differenziertes Meinungsbild. Den BürgerKompass haben wir in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei Sachsen erstmals im November 2012 durchgeführt. Er kann aber auch für andere Bundesländer und Kommunen ein guter Weg sein, um Bürger an der Suche nach Lösungen für aktuelle politische Herausforderungen aktiv zu beteiligen.

Dr. Jörg Dräger

Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung

Grußwort



Wir Politiker tun gut daran, uns immer wieder zu fragen: Wie sehen die Bürger unsere politischen Entscheidungen, die wir zum Wohle der Bürger getroffen haben, um unsere Heimat voranzubringen? Erreichen wir unsere Ziele? Zu fragen ist auch, ob und wie die Mitbürger sich ihrerseits mit Ideen und Vorschlägen beteiligen können, von denen wiederum wir alle profitieren.

Es zeigt sich immer mehr, dass es vielen nicht reicht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Die Bürger wollen mitreden, mitentscheiden, zumindest aber in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und diese verstehen. Bürgerdialoge finden deshalb auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Formen statt. Partizipation ist für kluge Politik unverzichtbar geworden. Die sächsische Staatsregierung will dabei neue Wege gehen und hat mit dem BürgerKompass, den wir gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt haben, eine etwas andere Form des Dialogs mit den Bürgern erprobt. Hierfür wurden Bürger aus ganz Sachsen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Die Ergebnisse sind ermutigend.

Mich hat am BürgerKompass besonders beeindruckt, wie sachkundig und interessiert die Bürger sich mit unserer Politik auseinandergesetzt haben. Beeindruckend waren auch die Tiefe und der Umfang der Diskussionen, mit denen die Bürger untereinander um Vorschläge und Ideen gerungen haben. Das war gelebte Demokratie im besten Sinne und hat die Beteiligten erfahren lassen, wie schwierig und mühsam es oft ist, unterschiedliche Interessen zu bündeln und für die eigenen Vorschläge Mehrheiten zu bekommen. Ich denke, alle, die beim BürgerKompass dabei waren, werden zukünftig mehr Verständnis für die Abläufe bei politischen Entscheidungsprozessen finden.

Mein Dank gilt allen Teilnehmern, die mitgeholfen haben, den BürgerKompass zu erarbeiten und sich ernsthaft mit der Landespolitik auseinandersetzen. Sie sind für mich echte Demokratiebotschafter und haben auch den Blick dafür geschärft, dass der Bürger der Kompass allen politischen Handelns sein sollte. Die Politik in Sachsen hat durch den BürgerKompass wertvolle Hinweise erhalten und uns in der

Meinung bestärkt, dass es gut ist, Bürgerbeteiligung auszubauen. So wird die Staatsregierung beispielsweise Gesetzesvorhaben frühzeitiger breit zur Diskussion stellen.

Ich erhoffe mir von dieser Partizipation auch, dass sich mehr Menschen für politische Entscheidungen interessieren, diese mittragen und sich ihrerseits für das Gemeinwohl einsetzen.



Stanislaw Tillich
Ministerpräsident





BürgerKompass Sachsen 2012

Was ist Sachsens Bürgern wichtig für die Zukunft ihres Landes?

Wie beurteilen die Bürger die bisherige Arbeit der Regierung?

Welche Ratschläge geben die Bürger der Politik mit auf den Weg?

Mit diesen zentralen Fragen richtete sich die Sächsische Staatsregierung beim BürgerKompass 2012 an ihre Bürger. Sie wollte eine Rückmeldung bekommen, die über bloße Meinungsumfragen hinausgeht. So beurteilten rund 170 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger die Regierungsarbeit der Sächsischen Staatsregierung und erarbeiteten anschließend Empfehlungen für die inhaltliche Weiterentwicklung der Politik.

Der Fokus lag auf drei Themenfeldern: „Wirtschaft und Soziales“, „Infrastruktur“ sowie „Bildung und Erziehung“. Eine Vorbereitungsgruppe aus 23 ebenfalls nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern hatte diese Themenfelder im Rahmen einer eintägigen Veranstaltung im Vorfeld erarbeitet und als besonders relevant für die Zukunft Sachsens identifiziert.

Die Teilnehmer diskutierten beim BürgerKompass im sogenannten World-Café-Format an 33 Tischen à vier bis sechs Personen. Jedes der drei Themenfelder wurde an jeweils elf Tischen

den ganzen Tag lang bearbeitet. Durch das World-Café-Format entstanden innerhalb der Themengruppen durch mehrfache Tischwechsel immer wieder neu zusammengesetzte Gesprächsrunden. So erweiterten die Bürger ihre eigenen Ideen und Standpunkte um die Perspektiven anderer Teilnehmer. Sie entwickelten differenziertere Sichtweisen und Beurteilungsmaßstäbe für die Regierungsarbeit sowie gemeinsame Vorschläge. Am Ende jeder Diskussionsrunde stimmten die Teilnehmer mithilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik über ihre wichtigsten Anliegen ab.

Die Teilnehmer des BürgerKompass Sachsen wurden zwar nach dem Zufallsprinzip ausgewählt; bei der Rekrutierung haben wir jedoch darauf geachtet, dass sie einen Querschnitt der sächsischen Bevölkerung abbilden. Alle Gesellschaftsgruppen sollten vertreten sein. Die Auswahlkriterien waren: Alter – Geschlecht – Bildungsstand – städtisches/ländliches Wohnumfeld – Herkunftsregion.

2.3.2013

Sächsische Staatsregierung kommentiert

Auf Einladung der Staatsregierung kommen ca. 20 Vertreter der Teilnehmer am BürgerKompass in die Staatskanzlei. Die Staatsregierung nimmt zu den Empfehlungen und Bewertungen der Bürger Stellung.

24.11.2012

ca. 170 Bürger bewerten Regierungsarbeit

170 wieder zufällig ausgewählte sächsische Bürger bewerten die Arbeit der Regierung in diesen Themen und geben Empfehlungen für die kommenden Jahre.

13.10.2012

23 Bürger definieren Themen

Nach dem Zufallsprinzip werden 23 sächsische Bürger ausgewählt.

Sie benennen die wichtigsten Themen für ein zukünftig starkes Sachsen.

Die Sächsische Staatsregierung erhält dadurch detaillierte Informationen, wie sich die Bürger die Zukunft Sachsens wünschen, welche Wirkungen politischen Handelns bei ihnen ankommen und woran sie den Erfolg von Regierungsarbeit messen. Die Bertelsmann Stiftung unterstützte die Staatsregierung bei Konzeption und Durchführung des Projekts. Die gemeinnützige Stiftung vertrat keine inhaltlichen Positionen im Prozess, sondern achtete auf die wirksame Beteiligung der Bürger.





Die Vorbereitungsgruppe wählt Themenfelder aus

Im Vorfeld der Großveranstaltung zum Bürger-Kompass, die Ende November 2012 stattfand, traf sich bereits im Oktober 2012 eine Vorbereitungsgruppe. Die 23 sächsischen Bürger, die neben Vertretern der Staatskanzlei und der Bertelsmann Stiftung bei dem Treffen anwesend waren, spiegelten die Vielfalt der sächsischen Bevölkerung wider. Sie hatten zwei Aufgaben:

Zunächst legten sie fest, welche Themenfelder während der Großveranstaltung im November behandelt werden sollten, ausgehend von der Frage: Welche Themenfelder sind zentral für Sachsens Zukunft? Als Entscheidungsgrundlage diente dem Vorbereitungsteam eine Übersicht über die Kompetenzen der Staatsregierung. Das heißt, die Staatsregierung beschrieb den Bürgern, welche Spielräume sie in den verschiedenen Politikbereichen hat und in welchen Politikbereichen die Kommunen oder der Bund die Entscheidungen treffen (siehe Grafik auf der rechten Seite). Darauf aufbauend wählten die Teilnehmer der Vorbereitungsgruppe in verschiedenen Diskussionsrunden drei Themenfelder aus und beschrieben diese wie folgt:

1. Wirtschaft und Soziales

- Demographischer Wandel (Halten der jüngeren Menschen im Freistaat, Angleichung der Löhne, Nutzung der Kompetenzen der Generation 50+)
- Energiewende, Energieversorgung
- Wirtschaft als Rückgrat des Freistaats, Förderung des Mittelstands, Unterstützung der Städte und Gemeinden

2. Infrastruktur

- Nähe zu Polizei, Ämtern, Bibliotheken, Kultur
- Nah- und Fernverkehr (Straßenbau: bessere Anbindungen; Fahrpläne, engmaschiger ÖPNV zur Teilnahme am öffentlichen Leben)
- Ärztliche Versorgung
- Ländliche Entwicklung

3. Bildung und Erziehung

- Grundlage für die Zukunft der Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung; Vermittlung von Wissen, Werten und kultureller Offenheit
- Entwicklung zu Persönlichkeiten; Elternhaus und Schule: Basis für Entwicklung
- Qualifiziertes, motiviertes, ausreichendes Erzieher- und Lehrpersonal; Verbesserung der Ganztagesangebote; vernünftige Unterbringung der Kinder und Schüler (Öffnungszeiten der Einrichtung, Betreuung); Beratungsstelle für sozial schwache Familien; vorbeugende Fördermaßnahmen – Schulabbrecher verhindern
- Vereinheitlichung der Lehrpläne in Land und Bund (gleiche Prüfungskriterien)

Spielräume der Staatsregierung



Weiterhin diskutierten die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe, ob die Teilnehmer der Großveranstaltung des BürgerKompass Hintergrundinformationen zu den gewählten Themenfeldern erhalten sollten oder nicht. Dies war wichtig festzulegen, da Informationen einerseits als Grundlage für eine gut reflektierte Beurteilung der Arbeit der Staatsregierung während der Veranstaltung gesehen werden können. Andererseits war es aber Ziel des BürgerKompass, die Meinung jedes einzelnen Bürgers zu erfahren – ohne ihn vorher zu einem Politikexperten zu machen.

Die Vorbereitungsgruppe entschied sich schließlich gegen ausführliche Vorabinformation der Teilnehmer. Lediglich die Halbzeitbilanz der Staatsregierung (www.regierung.sachsen.de/halbzeit.htm) sollte den Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden. Darin hatte die Staatsregierung im März 2012 eine Bilanz der ersten Hälfte der Legislaturperiode aus ihrer Sicht gezogen.

Der Tag des BürgerKompass:

Die Teilnehmer entwickeln Beurteilungsmaßstäbe, Beurteilungen und Verbesserungsvorschläge



Der BürgerKompass Sachsen wurde entlang von Leitfragen in drei Phasen durchgeführt.

Entwicklung der Beurteilungsmaßstäbe: Woran merken Sie, wie erfolgreich die Staatsregierung in Ihrem Themenfeld ist?

Im ersten Schritt reflektierten die Teilnehmer darüber, was sie in ihrem Themenfeld („Wirtschaft und Soziales“, „Infrastruktur“ oder „Bildung und Erziehung“) besonders bewegt, d. h. welche Aspekte des Themenfeldes sie für die Zukunft Sachsens als wichtig erachteten. Anschließend diskutierten sie, woran sie den Erfolg der Staatsregierung ausmachen. Daraus erarbeiteten sie jeweils fünf Beurteilungsmaßstäbe pro Themenfeld für die Arbeit der Staatsregierung.

Beurteilung der Arbeit der Staatsregierung anhand der Beurteilungsmaßstäbe: Wie sehen Sie die Arbeit der Staatsregierung mit Blick auf Ihre fünf Themen-Beurteilungsmaßstäbe?

Während der zweiten Phase beurteilten die Teilnehmer die Regierung anhand der fünf zuvor erarbeiteten Maßstäbe auf einer Skala von -2 (sehr unzufrieden) bis +2 (sehr zufrieden). Dazu einigten sich die Teilnehmer an jedem Tisch – ca. vier bis sechs Bürger – gemeinsam auf eine Beurteilung.



Entwicklung von Bürgervorschlägen: Was genau soll die Staatsregierung tun?

In der letzten Phase entwickelten die Teilnehmer gemeinsam Vorschläge für die Zukunft Sachsens. Sie diskutierten, was sich in Sachsen ändern sollte und was die Staatsregierung dafür konkret tun könnte. Im Anschluss daran stimmten die Teilnehmer über die gesammelten Vorschläge ab und wählten die drei wichtigsten aus, um sie dem Ministerpräsidenten zu überreichen.

Die Struktur des BürgerKompass

Bildung und Erziehung

- Top 5 Beurteilung
- 5 Beurteilungen
- Top 3 Handlungsvorschläge

Infrastruktur

- Top 5 Beurteilung
- 5 Beurteilungen
- Top 3 Handlungsvorschläge

Wirtschaft und Soziales

- Top 5 Beurteilungsmäßig
- 5 Beurteilungen
- Top 3 Handlungsvorschläge



Der Ministerpräsident nimmt die Ergebnisse des BürgerKompass entgegen



Zum Abschluss des BürgerKompass Sachsen 2012 überreichten die Bürger die Ergebnisse des Tages – mit Beurteilungsmaßstäben, Beurteilungen und Vorschlägen – an den Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen, Stanislaw Tillich. Dabei gaben Bürgervetreter stellvertretend für die anderen Teilnehmer kurze Einblicke in die Debatten des Tages zu den verschiedenen Themenfeldern.

Der Ministerpräsident bedankte sich bei den Bürgern für ihr Engagement, und versicherte, die Ergebnisse genau zu prüfen und im Kabinett zu erörtern. Darüber hinaus kündigte er an, den Dialog mit den Teilnehmern des BürgerKompass Anfang 2013 fortzusetzen und dabei über den Umgang mit den Empfehlungen zu berichten. (Die Ergebnisse des BürgerKompass und die Antworten des Ministerpräsidenten auf die Bürgervorschläge finden Sie im Anhang ab S. 20.)





Der BürgerKompass aus Sicht der Bürger



„Ich war sowohl bei der Vorbereitungsgruppe als auch bei der Großveranstaltung zum BürgerKompass dabei. Dadurch konnte ich zweimal die Erwartungshaltung und Euphorie, aber auch Skepsis spüren – auch die der anderen Teilnehmer. Sowohl das Engagement der beteiligten Bürger als auch die organisatorische Herangehensweise seitens der Bertelsmann Stiftung und der Sächsischen Staatskanzlei empfand ich als lobenswert. Schade fand ich aber, dass wenige junge Menschen bereit waren, am BürgerKompass teilzunehmen und dadurch die Teilnehmer 60+ überproportional vertreten waren.“

Leider hat der BürgerKompass in den Medien meiner Meinung nach zu wenig Beachtung gefunden. Mit den Ergebnissen bin ich deshalb zufrieden, weil ich sowohl in der Vorbereitungsgruppe als auch bei der Durchführung spürte, dass man sich bei so komplexen Themen nur mit Kompromissbereitschaft einigen kann. Der BürgerKompass ist ein geeigneter Weg, Demokratie erlebbar und nachvollziehbar zu gestalten. Daher wünsche ich mir, dass das keine einmalige Aktion der derzeitigen Staatsregierung bleibt. Ich schlage vor, diese Art der Einbeziehung der Bevölkerung in die konkrete Landespolitik juristisch „festzuschreiben“. Toll fände ich es, wenn der Freistaat Sachsen hier Vorreiter für die gesamte Bundesrepublik wäre.“

Peter Lehmann



„Ich bin mit der Erwartung zum BürgerKompass gekommen, konkrete, meine Region betreffende Probleme ansprechen zu können. Leider wurde mein Enthusiasmus schon mit der Wahl des Themas etwas gebremst. Umso interessanter war es dann allerdings zu erfahren, welche vielfältigen Inhalte und persönlichen Gewichtungen die ausgesuchten Themenfelder mit sich bringen. Es war überaus interessant zu erfahren, welche Probleme sächsische Bürger anderer Regionen priorisieren, und wie schwer es ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden, wenn es letztendlich darum geht, nur ein Ziel zu verfolgen. Dieser Tag hat mir einen, wenn auch sicher nur kleinen, Einblick in die immense Breite der Arbeit unserer Staatsregierung gegeben. Er hat mir gezeigt, wie schwer es doch sein muss, im entscheidenden Moment für die eine, im Moment wichtigste Sache zu stimmen und sich vor allem dann dafür stark zu machen.“

Ivonne Müller



„Als ich gefragt wurde, ob ich beim BürgerKompass und bei der Vorbereitungsgruppe mitwirken möchte, dachte ich sofort ‚das wird bestimmt interessant‘ und sagte zu.

Ich habe mich gefreut, mal in der Politik mitreden zu dürfen und war gespannt auf die anderen Teilnehmer. Da die Menschen aus unterschiedlichen Kreisen kamen, vom Wohnort angefangen bis zu den verschiedenen Berufsgruppen, Lehrer, Rentner, Bauarbeiter etc., war es nicht leicht, die Hauptanliegen zu bündeln und zu konkretisieren. Es war für mich sehr interessant, so viele verschiedene engagierte Menschen mit vielen unterschiedlichen Anliegen zu treffen und unsere Themen auf drei Vorschläge zu reduzieren, um sie unserem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich zu übergeben.

Ich war sehr zufrieden, dass sich darin auch meine persönlichen Anliegen widerspiegelten. Den BürgerKompass halte ich für einen guten Weg, Bürger in der Politik mitreden zu lassen. Es hat mir großen Spaß gemacht, dass ich dabei sein durfte.“

Karin Steinke



„Ich war überrascht, als Bürger aus Plauen, ganz am westlichen Rand Sachsens, von der Staatsregierung nach Dresden zur Diskussion eingeladen zu werden. Wer würde dabei sein, was würde beraten werden und was

sollte herauskommen? Offensichtlich waren Meinungen und Vorschläge von interessanten Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gefragt, die durch einen Griff in den Lostopf ausgewählt worden waren. Obwohl ich heute noch nicht weiß, was die Staatsregierung aus den Vorschlägen machen kann und machen wird, bin ich optimistisch. Der BürgerKompass hat mich motiviert, mich mit meinem Thema ‚Bildung und Erziehung‘ auch über die Veranstaltung hinaus auseinanderzusetzen. So habe ich in den letzten Wochen privat hochinteressante Diskussionen mit einer Schulleiterin und einer Hortleiterin geführt.“

Dr. Karl-Heinz Schatz





Der Ministerpräsident gibt den Bürgern Rückmeldung zu ihren Vorschlägen

Am 2. März 2013, gut drei Monate nachdem die sächsischen Bürger ihre Regierung beurteilt und Vorschläge zur Politik unterbreitet hatten, kamen rund 20 Vertreter der Teilnehmer auf Einladung des Ministerpräsidenten zu einem Nachtreffen in die Staatskanzlei.

Das wichtigste Anliegen war die Rückmeldung seitens des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und der Fachminister. So diskutierten am Vormittag die sächsische Kultusministerin Brunhild Kurth, der sächsische Innenminister Markus Ulbig sowie der Staatssekretär für Umwelt und Landwirtschaft, Dr. Fritz Jaeckel, die einzelnen Vorschläge mit den Bürgern. Die Reaktionen fielen je nach Vorschlag unterschiedlich aus.

Während sich manche Ideen der Bürger bereits in ähnlicher Form in der Umsetzung befinden, etwa verstärkter Polizeieinsatz im Kampf gegen illegalen Drogenhandel, sah sich die Staatsregierung bei anderen Vorschlägen darin bestärkt, ihre Ideen und Anstrengungen weiter voranzutreiben. Hierzu gehören die Einführung einer Internet-Plattform zur Anhörung von Gesetzesentwürfen und die Einrichtung eines Normenkontrollrats zum Abbau von Bürokratie. Andere Vorschläge, wie etwa die Einführung eines bundesweiten, einheitlichen und gesetzlichen Mindestlohns, wurden von den Ministern kritisch gesehen. Schließlich gab es Wünsche der Bürger, wie z. B. kleinere Schulklassen,

bei denen die Staatsregierung derzeit keine Möglichkeit und keine Notwendigkeit der Umsetzung sieht.

Während der zweiten Hälfte der Veranstaltung stand Ministerpräsident Stanislaw Tillich den Bürgern Rede und Antwort. Zunächst bedankte er sich, wie zuvor auch die Minister bei seinen Gästen und bei allen anderen Teilnehmern des BürgerKompass für ihr außergewöhnliches Engagement und ihre Mitwirkungsbereitschaft. Was sie als Bürger geleistet hätten, sei nicht selbstverständlich. „Für mich lebt Politik vom Mitmachen. Dabei sind die Bürger der Kompass allen politischen Handelns“, erklärte Tillich und nannte die Bürger „Demokratiebotschafter“.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass der BürgerKompass ein guter neuer Weg ist, den Dialog zwischen Politik und den Bürgern zu intensivieren.

Im Anschluss an die Veranstaltung fand eine Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten und den Teilnehmern des Nachtreffens statt.

(Alle Antworten der Staatsregierung auf die Bürgervorschläge finden Sie im Anhang ab S. 20.)

Der BürgerKompass aus Sicht der Organisatoren



„Auch wenn es im Freistaat Sachsen bereits vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung gibt, so haben wir seitens der Staatsregierung

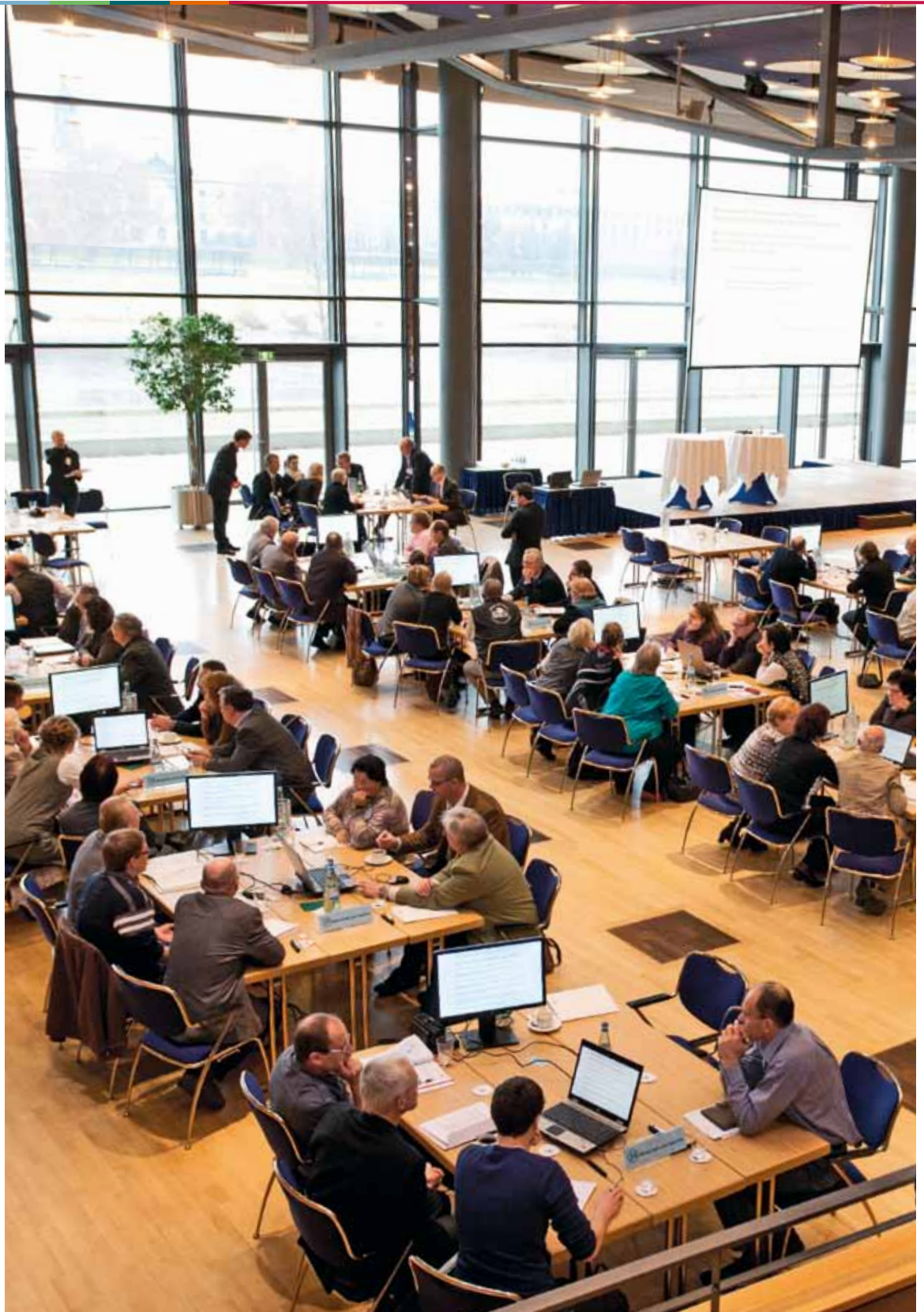
mit dem BürgerKompass doch Neuland betreten. Beim BürgerKompass ging es uns darum, dass sich Bürger aus ihren Erfahrungen heraus mit der Landespolitik auseinandersetzen und Empfehlungen erarbeiten. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Demokratieerfahrung gestärkt. Gute Ideen müssen gegen andere gute Ideen durchgesetzt werden. Für mich war es eindrucksvoll zu sehen, wie engagiert die Teilnehmer am BürgerKompass untereinander für ihre jeweiligen Positionen gestritten, Argumente getauscht und sich am Ende doch auf eine gemeinsame Linie geeinigt haben. Auf diese Weise haben sie einen bunten Strauß von Vorschlägen für die Landespolitik erarbeitet, mit dem sich die Regierung auseinandersetzt.“
Dr. Monika Zimmermann, Abteilungsleiterin in der Sächsischen Staatskanzlei



„Was kommt von dem, was die Politiker entscheiden, bei den Bürgern, für die diese Entscheidungen getroffen werden, wirklich an? Welche

konkreten Wünsche haben die Bürger an die Politik, welche Vorschläge haben sie, um das Zusammenwirken unterschiedlicher Interessengruppen zum Wohl aller zu gestalten? Diese Fragen sind es, die mich in dem Projekt BürgerKompass bewegen. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürger in Deutschland ein großes Interesse daran haben, sich zu beteiligen. Wir brauchen jedoch neue Formate, die das bewährte politische System stärken und gleichzeitig den Nerv der Bürger treffen, so wie der BürgerKompass es vormacht. Es geht nicht darum, eine Parallelwelt zu schaffen. Wir müssen die Menschen aber dort abholen, wo sie mitmachen wollen.“

Christina Tillmann, Leiterin des Projekts „Politik gemeinsam gestalten“, Bertelsmann Stiftung



Die Ergebnisse des BürgerKompass Sachsen 2012 und die Antworten des Ministerpräsidenten

Themenfeld 1: Wirtschaft und Soziales

Beurteilungsmaßstäbe und Beurteilung

Für den Bereich „Wirtschaft und Soziales“ formulierten die Bürger zunächst Beurteilungsmaßstäbe und beurteilten im Anschluss daran die Politik der Staatsregierung. Sie sahen bei allen fünf Maßstäben mal mehr und mal weniger Handlungsbedarf. Die ausführliche Beurteilung ist in der Prozessdokumentation zum BürgerKompass und unter www.buergerkompass.sachsen.de zu finden. Darauf aufbauend entwickelten die Bürger eigene Vorschläge, wie es Sachsen in Zukunft besser gehen könnte. Die Antworten der Staatsregierung sind jeweils neben dem Vorschlag aufgeführt.

1. Unbürokratische Wirtschaft- und Mittelstandsförderung: Diese drückt sich nach Ansicht der Bürger darin aus, dass sich das Verhältnis zwischen abgewanderten und zurückkehrenden Fachkräften ins Positive umkehrt.
2. Verhältnis von Mittelstand und Großindustrie bzw. deren Anteil am Wirtschaftswachstum.
3. Einfluss der Regierung auf gerechte Lohnentwicklung in allen Bereichen: Die Teilnehmer machten dies unter anderem an den Kriterien weniger „Aufstocker“, Bevölkerungszuwachs und Einflussnahmen im Bundesrat fest.
4. Lebensattraktivität in Sachsen und Kraft als Zugmagnet für externe Studienabsolventen: In die Beurteilung bezogen die Teilnehmer die Faktoren „angemessene Bezahlung“, „praxisorientierte Aus- und Weiterbildung“ und „Geld für Städte und Gemeinden (Infrastruktur)“ mit ein.
5. Demographischer Wandel: Hierzu gehören aus Sicht der Bürger ein Stopp der Abwanderung von Fachkräften und der Erhalt des sächsischen Potenzials an Arbeits- und Fachkräften.

Bürgervorschlag

Position der Staatsregierung

1. Existenzsicherung aus eigener Kraft

Um Sachsen beim Einfluss der Regierung auf eine gerechte Lohnentwicklung voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsens sich für die Einführung von Löhnen einsetzt, die eine eigene Existenzsicherung ermöglichen. Wir wollen damit erreichen, dass „Aufstocker“ wegfallen, Altersarmut vorgebeugt wird, Kinderarmut beseitigt wird, sozialer Aufstieg möglich ist. Als ersten Schritt denken wir an die Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf einkommensschwache Branchen (Dienstleistungen, Pflegeberufe) achten.

Gerechtere Lohnentwicklung, Mindestlöhne

Die Lohnfindung ist zunächst Aufgabe von Unternehmen und Gewerkschaften. Einen einheitlichen, von staatlicher Seite festgesetzten Mindestlohn für alle Branchen und Regionen sieht die Staatsregierung deshalb kritisch. Allerdings können verbindliche Untergrenzen sinnvoll und notwendig sein, die sich auf bestimmte Branchen beziehen. Angesichts der demographischen Veränderungen werden die sächsischen Unternehmen ohnehin verstärkt Löhne zahlen müssen, die national und international wettbewerbsfähig sind. Aktuell gibt es in zwölf Branchen einen Mindestlohn, darunter: Abfallwirtschaft, Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen, Gebäudereinigung, Pflegebranche, Sicherheitsdienstleistungen, Arbeitnehmerüberlassung. Beispiel: In der Pflegebranche beträgt der Mindestlohn 7,75 Euro für die ostdeutschen Länder.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
2. Wirtschaftsförderung durch Bürokratieabbau Um Sachsen bei der unbürokratischen Wirtschafts- und Mittelstandsförderung voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen bürokratische Hürden abbaut und Möglichkeiten der nachhaltigen Entwicklung für sächsische Unternehmen schafft. Wir wollen damit erreichen, dass Unternehmen neue Projekte und Technologien in kürzeren Zeiträumen umsetzen können. Als ersten Schritt denken wir an die Neugründung eines Gremiums, bei dem Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf fachliche Kompetenz und schnelle Umsetzung sowie auf Kontrolle von Festlegungen achten.	
Bürokratieabbau für den Mittelstand	Es ist eine wichtige und ständige Aufgabe, Bürokratie abzubauen bzw. deren Zunahme zu verhindern. Dabei sind auch alle Bereiche der Förderpolitik immer wieder auf Entbürokratisierung zu überprüfen. Ein Mindestmaß an Kontrolle jedoch ist im Bereich der Förderung notwendig, um Missbrauch zu verhindern. Sachsen hat bereits die Förderung für den Mittelstand mit Blick auf Bürokratieabbau und Mittelstandsfreundlichkeit überarbeitet und deutlich entschlackt. Im Jahr 2013 soll diese weiter überarbeitet und novelliert werden. Zudem wurden Vereinfachungen im Rahmen der ESF-Förderungen (ESF = Europäischer Sozialfonds, EU) erreicht. Bürokratieabbau gab es auch beim Ladenöffnungsrecht und im Gaststättenrecht. Hier wurden unter anderem Genehmigungs- durch Anzeigeverfahren ersetzt, was zu leichteren und schnelleren Verfahren für Gewerbetreibende führt. Auch hat der Freistaat Genehmigungserfordernisse abgebaut und die Möglichkeit der bundeseinheitlichen Anerkennung von Zulassungen erreicht. Die Staatsregierung wird bei den regelmäßig stattfindenden Gesprächen mit Kammern und Verbänden das Thema Bürokratieabbau aufrufen, um weitere Hemmnisse zu identifizieren und Lösungen herbeizuführen.
Möglichkeiten zur nachhaltigen Entwicklung sächsischer Unternehmen schaffen	Die vorhandenen Programme zielen auf eine nachhaltige Entwicklung der Unternehmen. Die Staatsregierung wird in Kürze eine Innovationsstrategie vorlegen. Eine schnellere und erfolgreiche Markteinführung neuer Produkte steht dabei im Vordergrund. Der Freistaat möchte ein auf Innovationen gestütztes, überregional orientiertes Wachstum der Unternehmen fördern. Dabei sollen Innovationspotenziale genutzt und Innovationshemmnisse beseitigt werden.
Gründung eines Gremiums mit Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft	Die Staatsregierung wird einen Normenkontrollrat einberufen. Dieses Gremium hat die Aufgabe, die Staatsregierung bei ihren Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu unterstützen. Zu den sechs ehrenamtlichen Mitgliedern werden Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft gehören.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung												
3. Förderung von Mittelstand und Kleinbetrieben Um Sachsen bei der Förderung des Mittelstands voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen ein unbürokratisches, nachhaltiges Förderprogramm erarbeitet und in Kraft setzt. Wir wollen damit erreichen, dass insbesondere Kleinbetriebe und Mittelstand finanziell handlungsfähiger werden und neue Arbeitsplätze entstehen. Als ersten Schritt denken wir an die Erhöhung der Chancengleichheit von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf gerechte Verteilung und Kontrolle achten.													
Unbürokratisches, nachhaltiges Förderprogramm	Der Grundsatz, Förderangebote übersichtlich zu gestalten und auf eine langfristige Stärkung des Standorts Sachsen auszurichten, entspricht der Förderpolitik der Staatsregierung. Eine zielgerichtete Förderung braucht jedoch differenzierte und spezialisierte Programme. Sachsen und der Bund bieten folglich eine Vielzahl an Förderangeboten an, allein in Sachsen über 280. Daher sieht die Staatsregierung ein neues Förderprogramm kritisch.												
Chancengleichheit von Klein-, Mittel- und Großbetrieben erhöhen; gerechte Verteilung und Kontrolle	Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stehen im Mittelpunkt der Förderung in Sachsen. Mittelstandsprogramme (Zuschüsse, Darlehen, Beteiligungskapital) richten sich ausschließlich an KMU, ebenso überwiegend die Bürgerschaftsangebote. In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung erhalten KMU höhere Fördersätze als Großunternehmen. Dabei ist die Verteilung von Fördermitteln von den Anträgen und der Förderfähigkeit abhängig. Auch die Förderstatistik zeigt, dass KMU im Mittelpunkt der Förderung stehen. Bewilligungen 2010–2012: <table><tr><th>Unternehmensgröße</th><th>Zahl der Fälle</th><th>Zuschuss (in Millionen Euro)</th></tr><tr><td>kleine Unternehmen</td><td>1.248</td><td>317,9</td></tr><tr><td>mittlere Unternehmen</td><td>368</td><td>244,6</td></tr><tr><td>größere Unternehmen</td><td>200</td><td>393,4</td></tr></table>	Unternehmensgröße	Zahl der Fälle	Zuschuss (in Millionen Euro)	kleine Unternehmen	1.248	317,9	mittlere Unternehmen	368	244,6	größere Unternehmen	200	393,4
Unternehmensgröße	Zahl der Fälle	Zuschuss (in Millionen Euro)											
kleine Unternehmen	1.248	317,9											
mittlere Unternehmen	368	244,6											
größere Unternehmen	200	393,4											

Themenfeld 2: Infrastruktur

Beurteilungsmaßstäbe und Beurteilung

Auch für den Bereich „Infrastruktur“ formulierten die Bürger zunächst Beurteilungsmaßstäbe und beurteilten im Anschluss daran die Politik der Staatsregierung. Ebenso wie im Bereich „Wirtschaft und Soziales“ sahen sie bei allen fünf Maßstäben mal mehr und mal weniger Handlungsbedarf. Die ausführliche Beurteilung ist in der Prozessdokumentation zum BürgerKompass und unter www.buergerkompass.sachsen.de zu finden. Darauf aufbauend entwickelten die Bürger eigene Vorschläge, wie es Sachsen in Zukunft besser gehen könnte. Die Antworten der Staatsregierung sind jeweils neben dem Vorschlag aufgeführt.

1. Ländliche Entwicklung Sachsens, insbesondere hinsichtlich des Internets, des Verkehrsangebots/ÖPNV, der ärztlichen Versorgung, der Schul- und Hochschulausstattung und der Polizei: Maßstab hierfür war die Existenz einer entsprechenden Infrastruktur im umfassenden Ausmaß.
2. Kinder- und Jugendeinrichtungen, Angebote für ältere Menschen im ländlichen Raum, Verkehrsanbindung: Für die Beurteilung wurden die Einstellung junger Lehrer und Erzieher, die Schaffung bürgernaher Beratungsstellen sowie der Ausbau von Straßen und des öffentlichen Personennahverkehrs zu Grunde gelegt.
3. Flexibilität der Landesregierung beim Ausbau der Infrastruktur: Hierfür wurden kurze Planungszeiten und nicht zu „zähe Bearbeitungswege“ als Maßstab genommen.
4. Lebensqualität außerhalb der Ballungszentren: Hierbei blickten die Teilnehmer des BürgerKompass auf die Bevölkerungsentwicklung und das Durchschnittsalter der Landbevölkerung.
5. Trend zunehmender Urbanisierung (als Zeichen sinkender Lebensqualität im ländlichen Raum).

Bürgervorschlag

Position der Staatsregierung

1. Äußere und innere Sicherheit erhöhen

Um Sachsen bei der Sicherheitsfrage voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen die Polizeipräsenz erhöht und Zivilcourage unterstützt. Wir wollen damit erreichen, dass wir in eine sichere, gesunde und wertorientierte Zukunft hineinwachsen. Als ersten Schritt denken wir an Kontrolle in Verbindung mit der Drogenproblematik sowie mit Diebstahl- und Gewaltdelikten. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf die Sicherheit, Gesundheit und Werteerhaltung in Sachsen achten.

Polizeipräsenz erhöhen,
Kontrollen in Verbindung mit
Drogenproblematik, Diebstahl-
und Gewaltdelikten

Seit dem Jahr 2012 stellt Sachsen jährlich bis zu 300 neue Polizeibeamte ein. Zudem wurden bereits viele Polizisten höher eingruppiert und werden künftig besser bezahlt. Die Polizeireform 2020 soll Polizisten von Verwaltungsaufgaben entlasten und mehr Präsenz ermöglichen. Das Innenministerium wird diese Reform konsequent umsetzen und die Öffentlichkeit über die jeweiligen Schritte unterrichten. Zudem wird erwogen, das Engagement von Bürgerpolizisten auszuweiten und somit noch mehr Präsenz zu zeigen.

Im Bereich der Rauschgiftkriminalität wird ein Konzept des Landeskriminalamts zur Bekämpfung dieser Kriminalität (speziell Schmuggel und Handel mit „Crystal“) erarbeitet und umgesetzt. Die Zusammenarbeit insbesondere mit tschechischen Behörden wird weiter verbessert.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
Zivilcourage unterstützen	Zivilcourage stärkt das demokratische Gemeinwesen. Sie setzt Intoleranz und Hass deutliche gesellschaftliche Grenzen. Dies ist auch zentrales Anliegen der Staatsregierung. Mit dem Programm „Weltoffenes Sachsen“ werden Projekte und Maßnahmen unterstützt, die Demokratie und Toleranz fördern. Die Mittel hierzu wurden jüngst aufgestockt. Darüber hinaus wird das Innenministerium die Aktivitäten auf kommunaler Ebene stärker unterstützen. So ist beispielsweise eine Fachtagung in Chemnitz geplant.
Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
2. Planungszeiten verkürzen, Transparenz schaffen, Bürokratie abbauen Um Sachsen bei allen Infrastrukturthemen voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen die Rückkoppelung mit der Bevölkerung verbessert und Verwaltungsabläufe optimiert. Wir wollen damit erreichen, dass Mittel frei werden und Erfolge für den Bürger schneller sichtbar und erlebbar sind. Als ersten Schritt denken wir an die Verkürzung der Entscheidungswege. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf die Einbeziehung der Bürger vor Ort achten. Die Bürger müssen sich sicher und ernst genommen fühlen.	
Einbeziehung der Bürger vor Ort	Eine stärkere Rückkoppelung mit Bürgern – insbesondere bei Infrastrukturprojekten vor Ort – kann dazu beitragen, verschiedene Interessen frühzeitig einzubeziehen, wichtige Hinweise zu erhalten oder Konflikte frühzeitig auszuräumen. Die Staatsregierung erprobt dabei auch neue Formen der Bürgerbeteiligung. Dazu zählt die öffentliche Online-Anhörung zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans. Ein weiteres Beispiel ist die Vorbereitung einer Internetplattform, mit der Gesetzentwürfe der Staatsregierung der Öffentlichkeit kommuniziert werden können. Das ermöglicht eine breite öffentliche Anhörung.
Verwaltungsabläufe optimieren/Verkürzung der Entscheidungswege	Die Staatsmodernisierung ist ein wichtiges Thema in dieser Legislaturperiode. Hierzu gehört auch, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Standortdiskussion bzw. das Standortgesetz einen sehr breiten Platz eingenommen und andere wichtige Aspekte wie E-Government, Bürokratieabbau, Senkung von Verwaltungskosten etc. in den Hintergrund gedrängt. Mit dem Maßnahmenplan Staatsmodernisierung wurden einige Vorhaben auf den Weg gebracht. Hierzu gehören z.B. „Genehmigungsfiktionen“, Aufgabenkritik, Gaststättenrecht sowie flexiblere und einfachere Planungsverfahren.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
3. Infrastruktur (ländliche Versorgung) Um Sachsen beim Thema ländliche Versorgung voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen den aktuellen Zustand aufnimmt, bewertet und daraus Konzepte entwickelt und zusammenführt. Wir wollen damit erreichen, dass eine schnelle Strukturveränderung mit möglichst geringem Aufwand zustande kommt. Als ersten Schritt denken wir an die Dezentralisierung der Behörden – hin zu den Bürgern sowie an die Wieder- bzw. Neueinrichtung des öffentlichen Nahverkehrs. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf die Belange älterer Menschen, der Jugend, auf Familienentwicklung und Erhaltung von Arbeitsplätzen achten.	
Entwicklung des ländlichen Raums	Die Entwicklung der ländlichen Regionen gehört zu den zentralen Themen der Staatsregierung. Maßnahmen zur besseren medizinischen Versorgung, der Ausbau des Breitband-Internets oder die Modernisierung von Schulen und Kitas sind Ansätze, um ländliche Regionen attraktiver zu machen. Mit den „Leitlinien Ländlicher Raum“ hat die Staatsregierung im Jahr 2012 ein umfassendes Konzept vorgelegt. In den ländlichen Regionen Sachsens wurden seit 2008 über 6.000 Projekte im Rahmen der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ auf den Weg gebracht. Ein großer Teil entfällt auf Infrastrukturvorhaben, bei denen die Bevölkerungs- und Altersentwicklung berücksichtigt werden. Über 40 Millionen Euro Förderung wurden für die Grundversorgung mit Breitbandinternet zur Verfügung gestellt. Die Förderung ländlicher Regionen wurde aktuell nochmals erhöht und wird auch ab 2014 fortgesetzt. Auch mit dem Landesverkehrsplan und mit der Finanzierungsverordnung zum Öffentlichen Personennahverkehr werden Voraussetzungen für ein breites Infrastrukturangebot gerade in ländlichen Regionen geschaffen. Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft lädt Teilnehmer des BürgerKompass zur jeweiligen Ideenbörse Ländlicher Raum ein.
Dezentralisierung der Behörden	Das vom Landtag im Jahr 2012 beschlossene Standortgesetz schafft die Grundlage für eine langfristig tragfähige Behördenstruktur in Sachsen. Die Neuordnung von Ämtern und Behörden geschieht aufgrund sinkender Einnahmen (Rückgang der Solidarpaktmittel und EU-Förderung) sowie zurückgehender Bevölkerungszahlen (Prognose des Statistischen Landesamts). Gleichzeitig werden im Rahmen der Staatsmodernisierung die Möglichkeiten ausgebaut, per Internet „aufs Amt zu gehen“, online Formulare herunterzuladen oder Anträge zu stellen. Zudem bieten das Internetangebot „Amt24.sachsen.de“ und die deutschlandweit einheitliche Behördenrufnummer D 115 die Möglichkeit, viele Fragen online oder telefonisch zu klären. Zusätzlich werden alternative Angebote wie mobile Bürgerservices unterstützt. Konkret sollen unter anderem Verwaltungsdienstleistungen vor Ort mobil angeboten werden.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
Wieder- bzw. Neueinrichtung des öffentlichen Nahverkehrs	Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs sind Aufgaben der Landkreise und der Kreisfreien Städte (Chemnitz, Dresden, Leipzig). Dabei soll sich das Angebot im ländlichen Raum auch an der Nachfrage und der finanziellen Leistungsfähigkeit orientieren. Über die Prioritäten wird in den jeweiligen Zweckverbandsversammlungen, Kreistagen und Stadträten entschieden. Die ÖPNV-Förderung steigt bis 2014 von 560 Millionen Euro auf über 586 Millionen Euro. Die derzeitige Verordnung läuft bis Ende 2014. Die im Rahmen des Doppelhaushaltes 2013/2014 vom Landtag beschlossene Aufstockung der Mittel stärkt ausdrücklich den ÖPNV im ländlichen Raum. Darüber hinaus fördert Sachsen Investitionen im ÖPNV. Die Staatsregierung hat im Dezember 2012 eine Finanzierungsverordnung für den öffentlichen Personennahverkehr für den Zeitraum 2015–2020 beschlossen, die frühzeitig Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Zweckverbände schafft.

Themenfeld 3: Bildung und Erziehung

Beurteilungsmaßstäbe und Beurteilung

Für den Bereich „Bildung und Erziehung“ formulierten die Bürger schließlich ebenso zunächst Beurteilungsmaßstäbe und beurteilten im Anschluss daran die Politik der Staatsregierung. Auch hier sahen sie bei allen fünf Maßstäben mal mehr und mal weniger Handlungsbedarf. Die ausführliche Beurteilung ist in der Prozessdokumentation zum BürgerKompass und unter www.buergerkompass.sachsen.de zu finden. Darauf aufbauend entwickelten die Bürger eigene Vorschläge, wie es Sachsen in Zukunft besser gehen könnte. Die Antworten der Staatsregierung sind jeweils neben dem Vorschlag aufgeführt.

1. Bundesweite Einheitlichkeit des Bildungssystems: Maßstäbe für die Bürger waren länderübergreifende Lehrinhalte, einheitliche Lehrmaterialien, Größe der Klassenteiler und einheitliche Prüfungsmaßstäbe.
2. Qualifiziertes Erzieher- und Lehrpersonal mit ausgewogener Altersstruktur: Als Indikator stellten die Bürger die Frage: „Sind unsere Kinder und Jugendlichen auf die nächste Stufe des Bildungssystems gut vorbereitet?“
3. Qualität der Schulbildung: Maßstab hierfür war die Sicherstellung der Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler.
4. Angemessen große Klassengrößen für individuelle Persönlichkeits- und Leistungsförderung der Schüler: Als Maßstab dienten in diesem Bereich die Anzahl der Schulabbrecher, Schulschwänzer und die Ergebnisse der Schüler bei ihren Schulabschlüssen.
5. Investitionen des Landes in Bildung: Festgemacht wurde dies an den damit verbundenen Ausgaben für Infrastruktur und Personal (pro Kind unter dem 18. Lebensjahr).

Bürgervorschlag

Position der Staatsregierung

1. Personalentwicklung und Materialdeckung (kleinere Klassen, bessere Bedingungen für Lehrer)

Um Sachsen bei der Gestaltung der Personal- und Materialdeckung im Bildungsbereich voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen die Materialbereitstellung erhöht, die Klassen verkleinert und bessere Bedingungen für Lehrer schafft. Wir wollen damit erreichen, dass mehr (junge) Lehrer in Sachsen bleiben und die Wirksamkeit der Schulbildung erhöht wird. Als ersten Schritt denken wir daran, den Referendaren Stellenangebote zu machen und dabei mehr lokale Auswahl zu ermöglichen. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf gerechtere Entlohnung, auf die Ausstattung der Schulen und auf das Ansehen der Lehrer achten.

Materialbereitstellung/ Ausstattung der Schulen

Die Staatsregierung wird in Kürze eine Lernmittelverordnung erlassen. Damit werden alle Schulbücher und schulbuchähnlichen Lernmittel für Eltern und Schüler kostenfrei gestellt. Sachsen unterstützt die Kommunen als zuständige Schulträger bei der Umsetzung der Lernmittelfreiheit mit jeweils 5 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014. Den Schulträgern werden mehr Mittel für den Schulhausbau zur Verfügung gestellt. Bis einschließlich 2016 können durch Mittel des Landes und der Kommunen über eine halbe Milliarde Euro in den Schulhausbau fließen.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
Klassen verkleinern	Nach dem Sächsischen Schulgesetz dürfen Klassen nicht mehr als 28 Schüler haben. Diese Obergrenze wird in der überwiegenden Zahl der rund 18.600 Klassen an den 1.365 öffentlichen Schulen in Sachsen nicht erreicht. Aktuell umfassen die Klassen in den verschiedenen Schularten durchschnittlich 19 bis 23,4 Schüler. Vor diesem Hintergrund sieht die Staatsregierung den Bürgervorschlag kritisch. Aber: Die Anzahl der Integrationsschüler ist in den letzten Jahren auf über 6.000 angestiegen. In der Folge wird die Vorschrift (Schulintegrationsverordnung) von einer maximalen Klassengröße von 25 Schülern bei Aufnahme eines Integrationskindes in 672 Klassen nicht eingehalten. Hier besteht Handlungsbedarf. Im Übrigen hat nach Auffassung der Staatsregierung die Anzahl der Schüler pro Klasse nur geringen Einfluss auf den Lernerfolg. Dies bestätigt auch die Bildungsforschung. Entscheidend sind vielmehr Wissen, Erfahrung und Persönlichkeit des Lehrers, ein anregender Unterricht und ein stabiles schulisches Umfeld.
Bessere Bedingungen für Lehrer	Ende 2012 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass ausgebildete Grundschullehrer einheitlich ein Gehalt der Entgeltgruppe E 11 erhalten. Das heißt, ein Teil der Grundschullehrer wird höher eingestuft und erhält mehr Gehalt. Je nach Dienstjahren ist dies monatlich und brutto ein Plus von rund 100 Euro bis 270 Euro. Die Gehälter betragen somit je nach Dienstjahren zwischen rund 2.760 Euro und knapp 4.100 Euro brutto pro Monat.
Referendariatsstellen, mehr lokale Auswahl ermöglichen	Diese Forderung wird bereits mit dem neuen Haushalt erfüllt. Die Anzahl der Referendarstellen wurde von rund 1.000 auf 2.050 verdoppelt. Zusätzlich zu den Ausbildungsstätten in Dresden und Leipzig wurden Ausbildungsstätten in Chemnitz und Löbau geschaffen.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
2. Einführung eines bundeseinheitlichen Bildungssystems/Beendigung der Kleinstaaterei im Bildungswesen Um Sachsen bei der Einführung eines bundeseinheitlichen, schulübergreifenden Bildungssystems voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen im Bundesrat eine Initiative einbringt und als Vorreiter andere Bundesländer dafür gewinnt. Wir wollen damit erreichen, dass Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen besteht, dass Schulabschlüsse bundesweit vergleichbar sind und gegenseitig anerkannt werden. Als ersten Schritt denken wir an die Thematisierung im Bundesrat und eine intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Industrie- und Handwerkskammern, der Wirtschaft u. a. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf einheitliche, zentral festgelegte Prüfungsschwerpunkte und bei allen Schulabschlüssen auf die Erreichung eines hohen Bildungsniveaus achten.	Sachsen setzt auf eine bundesweite Vergleichbarkeit und bundesweit geltende Bildungsstandards. Ziel ist Vielfalt bei gleichen Rahmenbedingungen sowie die Sicherung der Mobilität von Schülern, Eltern und Lehrern. Hierzu haben im Januar 2013 Bayern, Niedersachsen und Sachsen einen Bildungsstaatsvertrag der deutschen Länder vorgeschlagen. Inhaltlich umfasst der Bildungsstaatsvertrag folgende Bereiche: – Bildungsstandards, etwa für die 4. Klasse, den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss und die Hochschulreife, – das Bildungsmonitoring, etwa durch die Teilnahme von Schülern an Vergleichsstudien, – die Finanzierung eines Instituts der Länder zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Bildungswesen und die Anerkennung von Abschlüssen in der Lehrerbildung. Darüber hinaus ist Sachsen eines der sechs Länder, in denen ab 2014 gemeinsame Abiturprüfungen durchgeführt werden. Sachsen wird weiter daran arbeiten, vergleichbare Standards in ganz Deutschland einzuführen.

Bürgervorschlag	Position der Staatsregierung
3. Qualität der Bildung und Erziehung verbessern Um Sachsen bei der Persönlichkeits- und Leistungsförderung der Schüler voranzubringen, schlagen wir vor, dass die Regierung des Freistaats Sachsen für qualifiziertes, ausreichendes Erzieher- und Lehrpersonal mit ausgewogener Altersstruktur sorgt. Wir wollen damit erreichen, dass alle Schüler auf die nächste Stufe des Bildungssystems gut vorbereitet sind, es weniger Schulabbrecher und -schwänzer gibt. Als ersten Schritt denken wir an die Klärung des Personalproblems. Die Staatsregierung sollte bei der Umsetzung besonders auf bedarfs- und fachgerechte Ausbildung, wirtschaftliche Anreize und Anerkennung des Lehrerberufs achten.	
Qualifiziertes und ausreichendes Erzieher- und Lehrpersonal	Auch in Sachsen wächst der Bedarf an Lehrern. Deshalb sollen in diesem Jahr in zwei Einstellungsverfahren rund 600 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Darüber hinaus werden mit dem Programm „Unterrichtsgarantie“ Ausfälle von Lehrkräften durch Ersatzeinstellungen ausgeglichen, um den Unterrichtsausfall weiter zu mindern. Hierfür stehen 2013 rund 8,1 Millionen Euro an Honorarmitteln zur Verfügung.
Bedarfs- und fachgerechte Ausbildung	Die Staatsregierung schafft an den Universitäten Dresden, Leipzig und Chemnitz zusätzliche Studienplätze für Lehramtsstudenten in erheblichem Umfang. Mit rund 2.000 Studienanfängern wurde die Zielgröße von 1.700 bereits erheblich übertroffen. Damit sich diese Entwicklung verstetigt, werden wir unsere Aktivitäten zur Anwerbung von Lehramtsstudenten und künftigen Lehrern verstärken. Dies erfolgt in Form einer speziellen Kampagne.
Zahl der Schulabbrecher und -schwänzer senken	Die Quote der Schüler ohne Hauptschulabschluss ist in Sachsen mit 9,8 Prozent noch immer vergleichsweise hoch. Darunter sind allerdings auch Förderschüler in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung mit entsprechenden Abschlüssen. Als Maßnahmen zur Senkung dieser Quote sind das Projekt „Produktives Lernen“ (Verlagerung des Unterrichts in die Praxis), Berufseinstiegsbegleiter an Mittelschulen und Förderschulen, das ESF-finanzierte Qualitätsmanagement-Projekt zur Verbesserung der Lehr- und Lernprozesse sowie Schulverweigererprojekte und Schülercamps zu nennen. Diese Maßnahmen müssen und sollen weitergeführt werden. Aus Sicht der Staatsregierung sind zudem intensivere vorbeugende Maßnahmen in der frühkindlichen Bildung und im Primarbereich, insbesondere in der Schuleingangsphase mit dem Schulvorbereitungsjahr und dem Anfangsunterricht, sinnvoll. Hier wollen wir verstärkt ansetzen.

Impressum:

© 2013 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

© Freistaat Sachsen

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01095 Dresden

Verantwortlich

Christina Tillmann
Telefon 05241 81-81335

Lektorat

Sibylle Reiter

Fotos

Thomas Kunsch, Oliver Killig, Johanna Braun

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Druck

Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

Diese Publikation verwendet nicht durchgängig eine geschlechtergerechte Sprache. Mit „Bürger“, „Lehrer“, „Politiker“ etc. sind immer auch Frauen gemeint.

Eine Kooperation von:



SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI



| BertelsmannStiftung